

Stadt Aurich
Vorz. Bgm.

Eing.: 28. Nov. 2019

Abt.:

An den Bürgermeister der Stadt Aurich

Aurich, der 27.11.2019.

Antrag	
19	019

Antrag zur Langzeitplanung für den Umgang mit den Folgen des Klimawandels in Aurich

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

verehrte Ratsmitglieder,

da der Rat nun erkannt hat, dass wir einen „Klimanotstand“ haben, möchte ich die Debatte zur Einführung der Regenwassergebühr erneut aufnehmen.

Deiche bauen alleine reicht nicht: Wir müssen uns dem Klimawandel stellen

„Die Beschlussvorlage zur Einführung einer Regenwassergebühr liest sich außerordentlich schlüssig. Es ist nachvollziehbar, dass die Stadt Aurich auf diesem Wege eine Finanzierung der Kanalisation vornehmen möchte“ schrieb ich im Oktober 2017. Hierbei geht es nicht darum, Finanzlöcher zu stopfen. Erst recht sollten Auricher*innen nicht das Gefühl haben, dass sie hier für Versäumnisse der Politik aufkommen müssen. Konkret heißt es in der Informationsvorlage der Stadt: „Sinn der RW-Gebühr ist es, die Kosten für die Herstellung und den Betrieb der Entwässerungsanlagen auf die einzelnen angeschlossenen Grundstücke in Abhängigkeit von dem spezifischen Grad der Versiegelung zu verteilen. Hierbei ist auch der Anteil der öffentlichen Flächen zu bestimmen.“ und „Gewerbebetriebe haben die Möglichkeit, die Kosten als Betriebsausgaben steuerlich geltend zu machen. Das Verteilungsprinzip über die RW-Gebühr ist daher sozialverträglich und verursachergerecht.“ Davon abgesehen besteht für die Rohrleitungen und der Kanalisation ein immenser Sanierungsbedarf. Erschwerend kommt hinzu, dass durch die zunehmende Bebauung zusätzlicher Ableitungsbedarf in Form von Regenrückhaltebecken entstanden ist.

Die Folgen des Klimawandels erfordern also erhebliche zusätzliche Ausgaben für das Auffangen und Ableiten des vielen Regenwassers, was in den nächsten Jahren weiter ansteigen dürfte. Das ist jetzt gegenüber früher also anders geworden. Hinzu kommt, dass freie Flächen, wo das Wasser versickern kann, durch die ständige Bebauung abnehmen: **pro Sekunde verschwindet somit in Niedersachsen ein qm ökologisch wertvoller Boden.** Im

Jahr 2018 hat die Verwaltung eine aufschlussreiche Mitteilung an die Presse rausgegeben: nämlich, dass wir unsere Kapazitäten jetzt schon erreicht haben, weil es seit Monaten ununterbrochen geregnet hatte. Anfang Januar 2018 hat eine Studie, die in der Tagesschau veröffentlicht wurde, genau das gezeigt: Wir kommen mit den bisherigen Maßnahmen nicht mehr aus und müssen erheblich mehr investieren, wollen wir einer Katastrophe entgehen. Wortwörtlich heißt es dort „Baut Deiche, sonst sauft ihr ab“, wobei insbesondere Niedersachsen und Baden-Württemberg hiervon betroffen sind. Das Wasser kommt dabei nicht nur von der Küste, sondern insbesondere auch von oben. Konkret wird die Politik gefordert: Die Ergebnisse der Studie "sollten eine **Warnung für die Entscheidungsträger** sein. **Die Probleme zu ignorieren führe zu gravierenden Folgen**". Wir müssen also mehr Geld als bisher hierfür ausgeben, so dass die Einführung einer Regenwassergebühr mehr als gerechtfertigt ist. Das Internet ist voll von Studien und Fachtagungen, die das immerzu bestätigen. Die Versiegelung von Flächen ist kontraproduktiv bzw. muss dieses nicht absickern können von Regenwasser durch zusätzliche Technologien aufgefangen werden. Am 16.01.18 stand in der OZ übrigens ein sehr aufschlussreicher Artikel, der die Kommunen mit in die Verantwortung nimmt, die Folgen des Klimawandels auch vor Ort zu lösen.

Private Eigenheimbesitzer und Gewerbetreibende haben zudem die Möglichkeit, der Gebühr mit Lochsteinen und anderen speziellen Oberflächenmaterialien, die das Absickern von Regenwasser zu gewährleisten, zu verringern. Eine Regenwassergebühr ist also gerechtfertigt. Für besondere soziale Härtefälle könnten zudem für Eigenheimbesitzer besondere Regelungen getroffen werden. Ich möchte die Verwaltung darum bitten, eine Beschlussvorlage zu erarbeiten, die eine konkrete langfristige Ziel- und Maßnahmenplanung enthält, um den Folgen des Klimawandels mit zunehmenden Niederschlägen, Wetterextremen und Stürmen zu begegnen. Diese Maßnahmen müssten vorausschauend auf 10 Jahre festgelegt werden und bauliche Veränderungen (Sanierung der Kanalisation + Einsatz von zusätzlichen modernen Technologien), veränderten Siedlungsbau (entweder erhöhte Lage oder ohne dichte Bebauung), Sturmprophylaxe u. a. sowie einem dazugehörigen Finanzierungsplan (mit vs. ohne Regenwassergebühr) enthalten.

Mit herzlichen Grüßen,

Sonja Jakob